

Dresdener Volkszeitung

Postbezugsstelle Dresden
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edm. Grunow, Dresden,
Bes. der Verbr. Anstalten
und Beamten, K.-O., Dresden,
Görlitzer Straße, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Feiern oder sonstigen Umständen ist es dem Leser über die Ausgabe dieses Blattes keine Verantwortung zu übernehmen, wenn es durch die Ausgabe des Blattes nicht rechtzeitig in Erfahrung gebracht werden kann.

Verlagspreis: 1.50 Mk. monatlich
Einzelpreis: 10 Pf.

Schriftleitung: Weitzel, Dresden, Br. 3524, Spren-
künde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsdruckerei: Weitzel, Dresden, Br. 3524 und 3570.
Verlagsort: Dresden, Br. 3524 und 3570.

Anzeigenpreis: Grundpreis: für die 10 mm breite Zeile 200 Mk. für 1 Woche
zusätzlich 40 Mk. für 2. und 3. Tag, 250 Mk. für 4. bis 7. Tag, 200 Mk. für 8. bis 14. Tag, 150 Mk. für 15. bis 21. Tag, 100 Mk. für 22. bis 28. Tag, 75 Mk. für 29. bis 31. Tag.

Nr. 273 Dresden, Dienstag, den 24. November 1931 42. Jahrgang

Nazismus in Rom

Wittgänge zum Heiligen Vater

Rom, 23. November. (Via Draht.) Die Versuche der Nationalsozialisten, mit dem Vatikan in bessere Beziehungen zu kommen, werden jetzt, nach dem ersten mißglückten Vorstoß des Hauptmanns Göring, fortgesetzt. Die Nazi-Partei unterhält neuerdings einen offiziellen Delegierten in Rom. Er soll gegenüber dem Vatikan bereits erklärt haben, daß Hitler gegenüber der katholischen Kirche loyal sei. Dafür soll vom Vatikan Soziallagen als Gegenleistung verlangt worden sein, daß die deutschen Bischöfe eine mildere Stellung als bisher gegenüber den Nationalsozialisten einnehmen und ihre bisherigen scharfen Erklärungen gegen die Nazis zurückziehen. Vorerst sollen diese Verhandlungen nicht von Erfolg begleitet gewesen sein. Der römische Delegierte der Nazi-Partei hofft im übrigen eine Verbindung mit der Forderung der faschistischen Partei. Angeblich hofft er, von den Faschisten ein Haus zu erhalten, in dem er die am Montag aus etwa 25 Zünglingen begründete Auslandsgruppe der Nationalsozialisten unterbringen will. In Florenz, Mailand und anderen größeren Städten sollen ebenfalls Auslandsgruppen der Nazis gegründet werden.

Hitlers Freunde

In Südtirol wurden in der Allerheiligenwoche die Schulinder von den Lehrern auf die Friedhöfe geführt, damit sie dort auf italienisch beten sollten. In Kaltern in Südtirol hielt dazu der Amtsbürgermeister, ein Oberst Ranzoni, eine Ansprache, in der er die tiefe Heiligkeit der Italiener rühmte und dabei verächtlich über die „herrenschütischen Schweine“ sprach. Das „österreichische Adonai“ Hitler wird auch vor dieser neuesten Äußerung seiner Freunde auf dem Punkte stehen.

Diese Verräterei ist so krautig, daß die nationalen Vereinigungen Tirols den deutschen Nationalsozialisten das Reden untersagt haben.

Neumünster

wb. Kiel, 23. November. Die polizeilichen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße in Neumünster sind jetzt abgeschlossen worden. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. Insgesamt sind gegen 23 Personen Haftbefehle erlassen worden. Die übrigen Beteiligten sind wieder entlassen worden. Entgegen anderslautenden Mitteilungen haben sich keine Hauptpunkte dafür ergeben, daß Reichsbannerangehörige an den Veräulen beteiligt waren. Es geht zu erwarten, daß die Angeklagten bereits am nächsten Montag in Neumünster zur Verhandlung kommen werden, während die Vorlage gegen den kommunistischen Führer Weigand, der unter Verhinderung steht, vor dem Richter Schwarzenicht verhandelt werden dürfte.

Bedenkliche Pläne

Sozialdemokraten bei Brüning

Am Montag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Adm. Brüning das Wort, um, wie er sagte, diese erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates zu benutzen. Brüning warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Forderung der Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungsrecht. Während von der Preisentlastung nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit bürren Worten als unumkehrlich bezeichnet. Es werde bei weiteren zwar erklärt, daß der Grundloß des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgten dann Ankündigungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden. Diese Äußerungen

in der Arbeiterschaft große Beunruhigung

auslösten, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Arbeitsverordnung mache, würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten. Die Arbeiterschaft werde auf neue den Eindruck erhalten, als ob die Kosten der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihr zu tragen seien.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemüht sich, die Befürchtungen der Sozialdemokraten zu entkräften. Man müsse die Einführung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Übereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnsenkung angeht, die durch die englische Pfundsenkung und die ausländischen Zollsenkungen bestimmten neuen Exporterlösen nicht herabzusetzen. Was das Tarifrecht anlangt, so sei das wesentlich, daß an seinem Grundloß nicht gerüttelt werde. Es handle sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenspezifische Verhältnisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Brüning und Kaufhäuser stellten gegenüber den Erklärungen der Regierungsmitglieder fest, daß ihre Befürchtungen durch diese Erklärungen keineswegs zerstreut seien, und sie erzielten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Verordnungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine endgültige Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne

des Kabinetts, das durch die Wünsche und Forderungen des Reichsrats nicht gebunden ist, seine Initiative angenommen haben. Die eigentlichen Verhandlungen betreffen

Die Sicherung des Brotpreises und der Brotversorgung

Die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen akute Zahlungsschwierigkeiten. Durch Reichsgesetz vom 23. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgedachten Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangt die Sozialdemokratische Fraktion Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung verbindend zu, daß die Brotkaufel nach ihrem Wortlaut durchzuführen, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Herabsetzung der Rastermittel die Verfütterung des Roggens vermieden werden soll. Abdom verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Kaufhäuser, Herb und Giffenberg Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über

eine zusätzliche Winterhilfe

getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeschlossenen Verhandlungen zur Herabsetzung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangten vielmehr auf neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Herabsetzung von Preis für Erwerbslose um 30 Pf. pro Pfund abschätze.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erörtert und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notwendigen Anstalten ermöglicht, die Reichsschatkasseneinlagen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre ausgesetzt worden waren, mit Hilfe des Reichs, soweit erforderlich, flüssig machen zu können. Der Reichsfinanzminister sagte seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

Was will Brüning?

Der Widerstand der Gewerkschaften

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Zeitsähen zusammengestellt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Zeitsähe nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Zeitsähe enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; zum Teil sind wichtige Vorschläge auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wiltderung der Deflationpolitik, für die Angleichung der landwirtschaftlichen Produzentenpreise an die Konsumentenpreise, für die Ablehnung jeglicher Inflation, für die Senkung der Zinsen, der Preise usw. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung versichert immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen, um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu verhüten. Das liegt zweifellos auch auf der Linie des angekündigten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, das nach dem Wort des Reichspräsidenten „fajial gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozeß, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Notverordnung einleiten will, die Garantie, daß die Reallöhne unangetastet bleiben? Oder die andere Garantie, daß in mer nach den Worten des Reichspräsidenten verfahren wird? Schließlich wird die Regierung Brüning nicht ewig bleiben, und eine andere Regierung könnte z. B. aus Änderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schmieden, die der Arbeiterschaft eines Tages arg bekommen könnten.

Das war sicherlich die eine Ueberlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Graßmann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bestimmte hat, daß

Hinter verschlossenen Türen

Hartes Urteil wegen angeblichen Landesverrats

Aus Leipzig wird uns berichtet: Der Miterausgeber der Zeitschrift Die Weltbühne, Karl von Ossietzky, und der Schriftsteller Walter Kreiser aus Berlin hatten sich in dreitägiger Verhandlung wegen angeblichen Landesverrats vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Anfang 1929 erschien in der Weltbühne ein Artikel, überschrieben „Wichtiges aus der deutschen Luftfahrt“. Der Artikel übte Kritik an der Verkehrsminister Dr. Brüning, und Mitgründer des Flugverbandes der Werkslätigen, Sturmbogel. Der Angeklagte Ossietzky ist Verleger und Herausgeber der Weltbühne. Die beiden Angeklagten wollen in diesem Artikel nur Kritik am deutschen Luftfahrtetat geübt haben, jedoch eines Verbrechens des

Landesverrats fühlen sie sich nicht schuldig, denn es müße der Presse erlaubt sein, Kritik an den einzelnen Staats der Reichsregierung zu üben.

Der Verhandlung wohnten mehrere Sachverständige des Reichswehrministeriums bei, und sie fand hinter verschlossenen Türen statt. Es war allen Prozeßbeteiligten strengste Schweigepflicht auferlegt worden. Der Prozeß endete mit folgendem unerhörtem Urteil:

Ossietzky und Kreiser werden wegen Verbrechens nach § 1 Abs. 3 des Spionagegesetzes (Verrat militärischer Geheimnisse) zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach der Urteilsverkündung wurde der Saal wieder geräumt und der Vorsitzende gab die Begründung in nicht-öffentlicher Sitzung. Dieses harte Urteil gegen zwei Nazisten, die in der Presse etatkritische Gesichtspunkte geltend machten, wird das größte Aufsehen erregen und noch ein Nachspiel im Reichstages haben.

Der Eindruck im Ausland

Das Berliner Tageblatt schreibt zu dem Urteil: Was Kasten Chamberlain von der Strafverfolgung des Mannes gesagt hat, der über den Weckauer Stahlmausmarkt berichtet hatte, das gilt noch mehr für die Strafverfolgung und Verurteilung Ossietzkys. Dieses und anderes, schrieb der frühere englische Außenminister an die Times, könnte nicht besser ausgedrückt werden, wenn der angesprochene Joes dabei wäre, das Wort zu Deutschland's Ehrlidit zu sprechen. Weil diese Worte richtig sind, darum ist das Urteil des vierten Strafsenats nicht nur im Interesse der Pressefreiheit und der demokratischen Kontrolle, insbesondere der Staatskritik, sondern noch weil mehr im außenpolitischen Interesse zu verurteilen. In zwei Monaten soll in Genf die Weltungsförderung beginnen. Welche Unernunft, in diesem Augenblick den Eindruck zu erwecken, als müße Deutschland mit Hilfe von Schredensurteilen militärische Heimplanungen verbergen!



K. von Ossietzky

W. Kreiser